

Der Neue Tag

Tageszeitung für Bocholt, Borken und das Münsterland

Grenzwarde
Vereinigte Zeitungen „Der Niederrhein“

Erscheint 7mal wöchentlich mit der Wochenendausgabe „Der Postillon“ und der Beilage „Der Feuerreiter“. — Bezugspreis monatlich 2,20 RM. — Geschäftsstellen: Ertelstraße, Bahnhofstraße 64, Telefon 603 01; Osterfeld: Bismarckstraße 8, Telefon 605 42; Bortrop: Hochstraße 42, Telefon 2024; Borken, Lippestraße 31, Telefon 2026; Dülzburg, Sonnenwall 30, Telefon 207 66; Oberhausen, Langemannstraße 19, Telefon 241 31.

Geschäftsstellen: Bocholt, Neustraße 1, Fernsprecher 2200 / Borken, Seelig-Beiß-Straße 26, Fernsprecher 475

Nr. 330

Freitag, den 1. Dezember (Eligius)

1939

Schmutzig und heuchlerisch

Das perfide Albion ohne Maske — „Für England zu leiden, muß die höchste Freude der Neutralen sein“

Rom, 30. November.

Englands Unverschämtheit und Unverschämtheit, die Verschärfung der Blockade und die Erdröpfung des neutralen Handels als einen Vorteil für die am schwersten davon betroffenen Staaten hinzustellen, ruft den „Lebere“ auf den Plan, der in einem satirischen und geharnischten Artikel dem perfiden Albion die Maske vom Gesicht reißt.

In seinem Britanienkreise scheint sich England, so erklärt das Blatt, noch mehr als um die Vernichtung des Gegners um das Seelenheil der Nichtkriegsführenden zu sorgen, die heute von den einschränkenden Maßnahmen der Blockade direkt betroffen würden. In ihrem satirischen bekannten moralisierenden Brecherton frage die englische Presse förmlich: worüber sich denn die neutralen Staaten beklagen, da doch die Unannehmlichkeiten aus der Verschärfung der Blockade „gleich Null“ seien, gegenüber dem Schicksal, das Europa treffen, wenn der Nationalsozialismus siegreich bleibt. (1) „Lebere“ ruft aus: „Weißt also, o perfide Albion, was es bedeutet, das großherzige England auch von einer fürchterlichen Gefahr befreit, über die ihr euch vielleicht noch nicht genügend klar seid!“

Diese Tendenz, die eigenen Interessen hinter moralischen Gesichtspunkten zu verbergen, führe, wie das Blatt betont, direkt zur Heuchelei und habe England die schmutzige Anklage der perfiden Heuchelei eingetragen. England lebe aber vor allem auch immer noch in längst überholten Zeiten und glaube, daß Europa sein Schicksal nochmals in die Hand eines „Beschützers“ legen könne und daß dieser wiederum England sei. Zahlreiche Generationen hätten England stets an der Spitze von Koalitionen gesehen und auch heute noch glauben die Engländer eine „besondere europäische Mission“ zu erfüllen zu haben. Deshalb würden sie auch die Proteste der Nichtkriegsführenden aus dem einfachen Grund, weil sie gegen England gerichtet wären, als etwas teufliches und verwerfliches ansehen, und hier sehe, wie das Blatt mit beifolgender Ironie betont, die englische „Predigt“ ein, die alles andere als drohend sei, sondern vielmehr schmutzig und heuchlerisch.

Ein Musterbeispiel biete der „Daily Herald“, wenn er behauptet, daß, „obwohl das Vorfälle in der Weltorgans Anlaß geben könnte, es doch der standrechtlichen Erschießung vorzuziehen ist.“ Die stand-

rechtliche Erschießung, so schließt „Lebere“ ironisch, sei, wie alle Wüsten, eine Gewissheit, die „nur durch Englands Sieg“ verhindert werden könnte. Wer würde also noch über die Mittel zu diskutieren wagen, die jenem wohlwärtigen Land zum Siege und damit der Welt zur Rettung verhelfen soll? Für England zu leiden, müsse also die höchste Freude aller sein!

Neuer holländischer Protest?

Amsterdam, 30. November.

Der niederländische Regierungen-Pressedienst erinnert daran, daß Holland unmittelbar nach der Bekanntgabe der britischen Absicht, die völkerrechtswidrige verschärfte Blockade einzuführen, dagegen bei der britischen Regierung Einspruch erhoben habe. Der Text der inzwischen veröffentlichten briti-

schen Order in Council werde jetzt durch die niederländischen Behörden einer näheren Untersuchung unterzogen. Es sei zu erwarten, daß die Niederländische Regierung sich im Zusammenhang hiermit alsbald auf neue an die britische Regierung wenden werde.

Auch Moskau ablehnend

Moskau, 30. November.

Die Moskauer Blätter schildern die von der britischen Regierung gegen den neutralen Handel mit Deutschland gerichteten Maßnahmen ausführlich. Die Haltung der sowjetamtlichen Kreise zu diesen perfiden Breiten Raum nehmen in den russischen Zeitungen auch die Proteststimmen aus den neutralen Staaten gegen die britischen Maßnahmen ein.

Japan ergreift Gegenmaßnahmen

Tokio, 30. November.

Der britische Botschafter Craigie überreichte dem japanischen Außenminister Matsuoka die britische Mitteilung auf den japanischen Protest wegen der englischen Blockade deutscher Exportgüter. Der Botschafter Craigie erklärte die japanische Regierung „um Verständnis“ für die Blockade und erklärte, die „englische Regierung habe Maßnahmen getroffen, die Schädigungen Neutralen möglichst zu vermeiden.“ Demgegenüber betonte Matsuoka nachdrücklich, daß Japan — wie schon im Protest angeführt sei — der englischen Blockade nicht zustimmen könne, da Lebenswichtige Interessen Japans berührt würden.

Galantlich wird mitgeteilt, daß die japanische Regierung im Falle ablehnender Antworten Englands auf Japans Protest gegen die verschärfte Blockade in London und Paris Gegenmaßnahmen ankündigen werde. Dazu schreibt eine Zeitung, die Regierung erwäge z. B. Beschlagnahme britischer Frachten in japanischen Gewässern.

Offene Drohung gegen die Neutralen

London, 30. November.

Ein Sprecher des Ministeriums für den Wirtschaftskrieg erklärte heute, daß, falls die Neutralen versuchen würden, ihre Handelschiffe, deren Ladung

Moderne Seeräuberei

Britischer Händlergeißt gegen den schädlichen Konkurrenz

Am Dienstag wurde die englische Verfügung über die Beschlagnahme deutscher Ausfuhrwaren veröffentlicht; sie tritt ebenso wie die ähnlich lautende französische Verordnung am 4. Dezember in Kraft. Die Verordnung will die deutsche Ausfuhr nach den überseeischen Ländern völlig unterbinden, einerlei, ob es sich um Waren in deutschem Besitz oder deutsche Waren handelt, die von Neutralen auf gekauft waren. Bis zum 1. Januar sind für die im neutralen Besitz befindlichen Waren deutschen Ursprungs Übergangsmaßnahmen vorgesehen. Ab 1. Januar 1940 soll die Verfügung aber ohne Rücksichtnahme durchgeführt werden. Dabei werden Waren, die bis zu 25 Prozent aus deutschem Material hergestellt sind, als Waren deutschen Ursprungs angesehen. Befinden sich beschlagnahmte Waren in neutralem Besitz, so sollen sie bis nach Friedensschluss zurückgehalten werden. Die Ware soll dann selbst über die bei einem einmaligen Verkauf erzielte Summe dem neutralen Eigentümer überlassen werden. Waren, die bei ihrer Beschlagnahme noch deutsches Eigentum waren, werden nicht zurückerstattet. Wenn also Neutrale in Deutschland Waren kaufen und diese auf ihren eigenen Schiffen als ihr Eigentum in ihr Land einführen wollen, so wollen England und Frankreich diese Waren beschlagnahmen. Das ist moderne Seeräuberei.

Von England wird dieses Vorgehen als „Repressalie“ bezeichnet. Eine Repressalie wäre jedoch nur dann, wenn die deutsche Regierung auf die Beschlagnahme der deutschen Waren mit der Beschlagnahme der deutschen Waren antwortete.

200 neutrale Schiffe in der Gewalt der Seeräuber

Amsterdam, 30. November.

Der Marinemitarbeiter von „Het Vaderland“ berichtet seinem Blatt über einen Besuch, den er während des letzten Wochenendes in einem britischen Konterbande-Kontrollhafen machte. Er habe dort etwa 200 neutrale Handelschiffe gesehen, die alle auf den Augenblick warteten, daß das erlösende Wort „Sie können abfahren“ gesprochen werde.

Großleistungen unserer Fernaufklärer



Eine „Do 17“ (Dornier), die ebenso wie die „He 111“ (Heinkel) zu den hervorragenden Fernaufklärungsflugzeugen unserer Luftwaffe eingerechnet werden, die über Großbritannien bis hin nach dem Mittelmeer und über den französischen Luftraum bis zum Atlantik fliegen. (Aufwandsaufnahme — S. 4.)

Zuspitzung Moskau—Helsinki

Scharfe Sowjet-Polemiken gegen die finnische Regierung — „Geduld des Sowjet-Volks erschöpft“

Moskau, 30. November.

Die Moskauer Presse steht heute ganz im Zeichen der russisch-finnischen Krise. Sämtliche Blätter veröffentlichten in größter Aufmerksamkeit den Ratenechsel zwischen dem finnischen Gesandten in Moskau und dem Außenminister Molotow, der die Auffündigung des finnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes enthält, sowie die Meldung über neue Zwischenfälle an der sowjetisch-finnischen Grenze. Ferner bringen die Blätter zahlreiche neue Resolutionen und Kundgebungen von Massendemonstrationen.

Die Resolutionen, die heute in den Blättern erscheinen, sind durchweg noch erheblich schärfer gehalten als bisher.

In einem Bericht der „Tas“ aus Helsinki wird die scharfe Polemik gegen das Verhalten der finnischen Regierung fortgesetzt, wobei in Sonderheit die neuen Truppenkonzentrationen in Finnland erwähnt sind.

Die „Sowetskaja“ bringt in einem Artikel neue heftige Angriffe gegen die finnischen Regierungsparteien. Jetzt hätten die finnischen Chauvinisten endgültig ihre Maske fallen lassen und bereiteten endgültig den Krieg gegen die Sowjet-Union vor. Am 26. November sei das erste Blut der Sowjet-Union geflossen, die einem räuberischen Überfall ausgesetzt waren. Die finnische Regierung habe die gerechten Forderungen der Sowjet-Union abgelehnt und die Spannung bis ins Extreme gesteigert. Die Tausende von Versammlungen, die in der ganzen Sowjet-Union stattfinden, würden davon Zeugnis ablegen, daß die Geduld des Sowjetvolkes erschöpft sei.

Neue finnische Note überreicht

Helsinki, 30. November.

Die Staatliche Informationszentrale veröffentlicht eine Meldung, wonach der finnische Gesandte in Moskau nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen eine Note dem sowjetrussischen Außenkommissariat zugestellt habe.

Erlauben über das finnische Verlangen

Moskau, 30. November.

Die Tas meldet aus Helsinki: Ausländische Pressevertreter in Helsinki beurteilen die Lage nach der Antwort der finnischen Regierung als sehr ernst. Einige unter ihnen meinen sogar, daß sich die Lage dadurch noch verschärft habe. Die Erklärung der finnischen Regierung, in der eine Zurückziehung der russischen Truppen von der Grenze vorgeschlagen wurde, hat großes Erstaunen ausgelöst.

Ausbruch feindlicher Handlungen

Helsinki, 30. November.

Nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Finnland ist es in den Mittagsstunden des Donnerstags zum Ausbruch feindlicher Handlungen gekommen. Die sowjetrussische Luftwaffe überflog mehrfach finnische Gebiet und besetzte an einigen Plätzen, darunter in Helsinki, militärische Ziele mit Bomben. Im Grenzgebiet an der Karelistischen Enge fanden Artilleriekämpfe statt. Im Norden Finnlands rücken sowjetrussische Truppen auf der Fischerhalbinsel vor, und auch auf einigen Inseln im Finnischen Meerbusen sind Aktionen im Gange.

Die Sowjettruppen marschieren

Eine amtliche Sowjet-Meldung über den Beginn der russisch-finnischen Feindseligkeiten

Moskau, 1. Dezember.

Um 0.45 Uhr Moskauer Zeit (22.45 Uhr MEZ.) wurde über sämtliche sowjetischen Sender eine amtliche Mitteilung verbreitet, worin nunmehr auch von Sowjetseite der Beginn der Kampfhandlungen gegen Finnland bekanntgegeben wird.

In der Nacht zum 30. November haben sich an der sowjetisch-finnischen Grenze mehrere neue Zwischenfälle ereignet. Um 2 Uhr nachts, so heißt es in der amtlichen Mitteilung, überschritt beim Dorfe Kowaino (nördlich des Lakogasees) eine Gruppe finnischer Soldaten die Grenze und griff die sowjetische Grenztruppe an. Die finnischen Abteilungen wurden mit starken Verlusten zurückgeschlagen. Um 3.15 Uhr eröffnete eine weitere starke Abteilung finnischer Truppen beim Dorfe Kaaasuli auf der larellischen Landenge Maschinengewehrfeuer auf die Sowjettruppen. Die Angreifer wurden gleichfalls zurückgeschlagen. Dabei wurden von den Sowjettruppen in der Nähe des Dorfes Kormi an 10 finnisches Soldaten und ein Unteroffizier gefangen genommen. Um 4 Uhr morgens versuchte eine weitere Abteilung finnischer Truppen, auf der larellischen Landenge beim Dorfe Kermolovo einen Angriff, wurde jedoch von Sowjettruppen mit Maschinengewehrfeuer zurückgetrieben.

In Anbetracht dieser neuen Provokationen mit bewaffnetem Überfall seitens der finnischen Truppen erteilte das Oberkommando der roten Armee den Truppen den Befehl, am 30. November um 8 Uhr morgens die sowjetisch-finnische Grenze zu überschreiten. Abteilungen der roten Armee rückten sofort an mehreren Punkten der Grenze vor, und zwar auf der larellischen Landenge um 10 bis 15 Kilometer westlich der Grenze, und von Petrosawodsk aus bis zum See Suurajärvi. Auf der larellischen Landenge wurden von den Sowjettruppen mehrere Dörfer und Eisenbahnstationen besetzt; die Stadt Tschelätski bereits erreicht worden. Beim Vormarsch wurden von den Sowjettruppen einige Tausend Gefangene gemacht.

Gleichzeitig unternahm die sowjetische Luftwaffe trotz ungünstiger Witterung Erkundungsflüge über das Territorium Finnlands und bombardierte die Flugplätze von Wiborg und Helsinki.

Schweden und der Konflikt

Stockholm, 30. Dezember.

Über die Haltung Schwedens zum finnisch-russischen Konflikt liegen bisher noch keine Mitteilungen vor. „Altonbladet“ meldet, daß bis auf weiteres keine schwedischen Maßnahmen erfolgen würden; gleichzeitig betont das Blatt jedoch, daß die Lage sich sehr schnell ändern könne. Das fahrplanmäßige Flugzeug Stockholm-Helsinki ist heute morgen von Stockholm planmäßig abgeflogen. Es mußte jedoch in Åbo landen, wo es bis auf weiteres bleiben wird. Die Flugverbindungen von Helsinki nach Stockholm sind eingestellt.

Neuer Volkskommissar ernannt

Moskau, 30. November.

Der Rat der Volkskommissare der UdSSR hat den Armeekommandeur zweiten Grades, Koltionow, zum stellvertretenden Volkskommissar für das Verteidigungswesen ernannt und ihn gleichzeitig vom Posten des Chefs der Verwaltung der Sowjetrussischen Luftstreitkräfte entbunden.

Dr. Goebbels im Weichselland

Bromberg, 30. November

Am zweiten Tage seines Aufenthaltes im Reichsgau Danzig-Westpreußen feierte Reichsminister Dr. Goebbels zusammen mit Gauleiter und Reichsstatthalter Forster seine Besichtigungsfahrt von Danzig über Tiesenhof, Graudenz, Kulm, Kulmsee und Thorn nach Bromberg fort. In Tiesenhof besichtigte Dr. Goebbels das „Haus der Volksgemeinschaft“, das hier als ein Wahrzeichen nationalsozialistischen Geistes und nationalsozialistischer Zucht im Entstehen begriffen ist.

Dann führte der Weg nach Graudenz, Kulm und schließlich nach Thorn. Im Rathaus in Thorn wurde Dr. Goebbels vom Kreisleiter und kommissarischen Oberbürgermeister Jakob begrüßt. Er trug sich hier in das Ehrenbuch der Stadt ein. Später übergab Reichsminister Dr. Goebbels im Saal des Gebäudes der Eisenbahndirektion an 100 Thörner Volksgenossen die Reichsflagge. Im ganzen wurden auf Veranlassung des Ministers 10.000 Reichsmarkstücke den Volksgenossen des befreiten Ostens zum Geschenk gemacht. In einer herzlichen Ansprache an die Versammelten gedachte Dr. Goebbels des Reiches, das der polnische Woywode über fast alle völkischen Familien des Weichsellandes gebracht hat. Wenn auch die Bande der Familie vielfach zerrissen worden seien, so werde die Volksgemeinschaft der Gemeinschaft des Reiches um so fester umschließen. Anschließend sprach der Minister mit jedem einzelnen dieser Volksgenossen über ihren opferreichen Kampf und ihre Sorgen.

Dr. Franks Besichtigungsreise beendet

Krausau, 30. November.

Reichsminister Dr. Frank, der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete trat nach Beendigung seiner achtstägigen Besichtigungsreise am Donnerstag wieder in Krausau ein. Bei der Fahrt ergab sich, wie alle deutsche Städtegründungen unter jüdisch-polnischem Schmutz verkommen. Im Distrikt Lublin konnte festgestellt werden, daß auch hier im Osten des Generalgouvernements noch wertvolles Gebiet der planmäßigen Bearbeitung harret. Mächtige Wälder mit Ansätzen zu einer umfangreichen Holzindustrie wechseln ab mit fruchtbarem Ackerland. Deutsche Schaffenskraft und Verkehrsplanung wird nunmehr die Schäden nutzbar machen, die unter der polnischen Wirtschaft auch hier nutzlos brach lagen.

Weihnachtsferien vorverlegt

Berlin, 30. November.

Auf die Bitte des Reichsverkehrsministers, die diesjährigen Weihnachtsferien aus verkehrstechnischen Gründen einheitlich vorzulegen, hat der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung durch Erlass vom 29. November 1939 angeordnet, daß die diesjährigen Weihnachtsferien an allen Schulen schon am 20. Dezember beginnen, und zwar ist der 20. Dezember letzter Schultag. Das Ende der Ferien bleibt wie bisher festgelegt.

Indiens Erwachen!

Amsterdam, 30. November.

Aus Neu-Delhi meldet der „Manchester Guardian“, Gandhi habe gedroht, daß eine sofortige Aktion der Indianer unvermeidlich sei, falls der Vorschlag der Indischen Kongresspartei auf Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung nicht angenommen würde. Gandhi habe die Meinung ausgedrückt, daß nur noch eine Einigung Indiens vor der „katastrophalen Rebellion“ retten könne. Die britische Regierung sei das Haupthindernis für die Annahme der Kongresspartei. Unverlässliche Beobachter, so sagt der „Manchester Guardian“, glauben, daß die gegenwärtige gespannte Lage in Indien nicht mehr länger als wenige Wochen dauern könne.

Der britische Major, der kürzlich in Nordwest-Indien von indischen Freischützern entführt wurde, befindet sich noch in Gefangenschaft der Bajazir. Die englischen Behörden haben sich bisher verweigert um seine Freilassung bemüht. Es wurde ihm erlaubt, den englischen Militärbehörden in einem Brief mitzuteilen, daß er gesund sei und noch immer in nordwestlichen Bajazir gefangen gehalten werde.

In Ladakow ereignete sich ähnlich wie erst vor einigen Tagen in Agha-bad wieder ein Räuberangriff. Der britische Gouverneur der Provinz erobert Protest dagegen, daß man auf dem Universitätsgebäude in Ladakow die Flagge des indischen Nationalkongresses gehisst hatte und verlangte, daß sie heruntergeholt werde. Auf Grund von Drohungen

wurde tatsächlich auch die Flagge zunächst herabgenommen, jedoch eine halbe Stunde später erneut gehisst. Die weiteren Proteste des britischen Gouverneurs wurden zurückgewiesen.

England verstärkt indische Garnisonen

Berlin, 1. Dezember.

Mit welcher Besorgnis England die Entwicklung in Indien betrachtet, geht aus der Tatsache hervor, daß Großbritannien von einem Abkommen mit Nepal Gebrauch macht und Gurkha-Truppen aus diesem Lande anfordert. Die in London mitgeteilt wird, werden insgesamt acht Bataillone eingeborene Truppen aus dem Lande Nepal nach Indien transportiert werden, um hier Dienst zu tun.

Aufstand in Südafrika?

Rom, 1. Dezember

Die römische Zeitung „Lavoro“ meldet aus Amsterdam, in holländischen Kreisen spreche man ernsthaft von einem Aufstand in der Südafrikanischen Union. Mehrere südafrikanische Städte hätten sich gegen das Regiment und vor allem die englandfreundliche Haltung des Generals Smuts empört. Man habe daraufhin sofort eine verstärkte Post- und Pressenzensur eingeführt.

dann berechtigt, wenn auf deutscher Seite eine Verletzung des Völkerrechts begangen worden wäre, die einwandfrei nachgewiesen werden könnte. Mit peinlicher Gewissenhaftigkeit bewegt sich aber Deutschland, nicht nur aus juristischen, sondern vornehmlich aus menschlichen, aus humanitären Gründen, bei seiner Kriegsführung innerhalb der Grenzen des Völkerrechts. Es steht auch im Widerspruch mit der noch in Gültigkeit befindlichen Pariser Deklaration, wonach feindliches Gut auf neutralen Schiffen mit Ausnahme von Konterbande nicht beschlagnahmt werden darf. Erst recht ist es nach der Pariser Deklaration unzulässig, neutrales Gut zu rauben, auch dann nicht, wenn es im Lande des kriegführenden Gegners gelandet wurde.

Die Verletzung der Exportblockade gegen deutsche Waren bedeutet auch einen erneuten Wortbruch Chamberlains. Denn er versicherte im September ausdrücklich, daß er über die Konterbanden hinaus keine Erschwerungen des neutralen Handels veranlassen werde. In London wird man ja nicht im Zweifel darüber sein, daß Deutschland sich diese Seeräuberei niemals gefallen lassen wird. Und die Neutralen können auch noch ein Wort mitreden! England spielt sich immer wieder als Beschützer der Rechte neutraler Länder auf. Wie dieser Schutz aussieht, sehen die Neutralen selbst an dem Mangel an Lebensmitteln und anderen lebenswichtigen Gegenständen, der sich auch bei ihnen bemerkbar macht. Deutschland verschuldet diesen Mangel nicht.

Die Neutralen stehen heute an einem Scheide-

„Melancholie und Langeweile“ über England

Scharfe Kritik im Parlament an der Regierung Chamberlain

Amsterdam, 30. November

In beiden Häusern des britischen Parlaments war die Regierung Chamberlain am Mittwoch Gegenstand lebhafter Kritik.

Im Oberhaus kritisierte Lord Addison (Labour) die verhängenen Kriegsmahnahmen, die die Regierung seit Kriegsbeginn getroffen hat. Die Art der Beschlagnahme von Hotels und Schulen, so sagt er, habe schwere Härten für eine große Anzahl gutgehender Hotels und sonstiger Einrichtungen mit sich gebracht. Was die wirtschaftliche Seite anlangt, so könne man sich kein Kontrollsystem für die Materialien vorstellen, das dem Handel größere Schwierigkeiten bereite, als das vom Munitionsmünisterium eingeführte. Das Munitionsmünisterium habe völlig versagt, die Produktionskapazität Hundert von Werksstätten zu mobilisieren. Die Methoden des Munitionsmünisters seien, wie die Ergebnisse beweisen, unbefriedigend.

Der liberale Lord Roca betonte vor allem, daß die Aufrechterhaltung des Außenhandels für den „britischen Erfolg“ von lebenswichtiger Bedeutung sei. Unvergleichlich sollte man all die Kontrollen, die sich jetzt nicht als notwendig und berechtigt erweisen hätten, abmildern oder abschaffen. Es herrsche eine erhebliche Unruhe über die gegenwärtige Lage des Handels. Das einzige Mittel, um das Vertrauen der Defensivkräfte wiederherzustellen, sei die Einführung einer Körperpflicht, die diese Probleme mit dem notwendigen Können und dem notwendigen Willen anpasse. Dieses Organ sollte eher kontrollieren, als zu kontrollieren.

Auch der konservative Lord Brodie betonte, daß der Exporthandel schwerer leide. Die Regierung sollte alle ihre Energie darauf verwenden, den 1½ Millionen Arbeitlosen wieder Arbeit zu verschaffen, statt Kriegsmaterial und sonstiges Material in großem Umfang aus dem Ausland zu beziehen. Im Unterhaus erklärte der Labour-Abgeordnete Gail, falls die Regierung die häuslichen Probleme nicht kraftvoll anpasse, könnte die Nation in Unruhe als Folge der steigenden Preise, der niedrigen Löhne der Industriearbeiter, der unzureichenden Pensionen, der Arbeitslosigkeit und der unzureichenden Familienunterstützungen für Soldatenfamilien erleben. Wenn das Parlament in diesen Fragen nicht schnell handle, dann könne es auch nicht überleben, wenn Kräfte außerhalb des Parlaments eingriffen.

In der weiteren Aussprache erklärte der Labour-Abgeordnete Buchanan, daß die Behandlung der Alterspensionäre eine Schande sei. Auch der nationale Labour-Abgeordnete Davis kritisierte die Regierung wegen ihrer Kriegspolitik. Man wolle Beweis für mehr Entschlossenheit, Energie und Voraussicht sehen. Ueber das ganze Land schiene sich eine Art von Melancholie und Langeweile zu breiten. Das Gerücht sei jenseitlos vorhanden, aber niemand sei da, der es zu einer hohen Flamme entfacht. England beschränke sich zu sehr auf die Defensive. Man könne einen Krieg nicht bei handiger verdrücklicher Stimmung führen. Das Land fordere Energie, nicht nur in den Ministerien, sondern auch in den Fabriken und auf den Meeren.

„Kampf dem britischen Kapitalismus“

Wie der „Manchester Guardian“ meldet, habe in Straßburg eine Versammlung von kaufmännischen Angehörigen und Arbeitern eine Entschließung angenommen, worin es heißt, ein zweiter Weltkrieg könne weder Polen befreien und die Demokratie erhalten, noch könne er der Wille des englischen Volkes zum Nutzen gereichen. Die Versammlung sei vielmehr der Meinung, daß ein Frieden, der lediglich das gegenwärtige System imperialistischer Ausbeutung verlängere, die Probleme der Armut — das bisherige lebenslange Schicksal der englischen Arbeiter — ungelöst lasse. Die britischen Arbeiter müßten daher ihren Kampf gegen den britischen Kapitalismus fortsetzen.

Französische Regierungserklärung

Daladier fordert ein neues Versailles

Brüssel, 30. November.

In der französischen Kammer wurde von Daladier und im französischen Senat von Chaulemps eine Regierungserklärung abgegeben, in der die Einigebereitschaft der französischen Armee und das unverbrüchliche Bündnis mit England gefeiert wurden.

Den angeblichen Greueln in Polen — wobei indes nicht an die unmenschlichen Massenmorde von Bromberg gedacht wurde — wurde breiter Raum gegeben, offenbar um die Kriegsbegeisterung zu schüren. Als Kriegsgrund wurde außer dem angeblichen, die Notwendigkeit, Frankreichs Sicherheit und Freiheit vor einem Deutschland zu verteidigen, das Frankreich in Mitleidenschaft zu beziehe. Zum Schluß kündigte Daladier an, daß Frankreich nach einem siegreichen Kriege die Forderung materieller Garantien stellen würde, von denen jeder weiß, daß sie Versailles bedeuten würden.

Nach Abgabe der Regierungserklärung durch Ministerpräsident Daladier unterbrach die französische Kammer ihre Sitzung gegen 21 Uhr. Nach Wiederzuerückkunft stimmte sie in Gegenwart sämtlicher Minister über den Gegenstand des Vorlesenden des

Finanzausschusses ab. Ein rechtsgerichteter Abgeordneter erläuterte diese dahin, daß die Kammer der Regierung die verlangten außerordentlichen Vollmachten gewähren, aber nichts von ihren Rechten abtreten wolle.

Ministerpräsident Daladier lehnte den Antrag des Finanzausschusses ab und stellte die Vertrauensfrage.

Daraufhin zog der Vorsitzende des Finanzausschusses seinen Antrag zurück, „um nicht die Ehre der Regierung in dieser tragischen Zeit aufs Spiel zu setzen“. Da der Antrag aber weiterhin vom Finanzausschuss unterstützt wurde, kam es zur Abstimmung, wobei der Gegenwärtige des Finanzausschusses auf Abänderung des Gesetzes über die Organisation der Nation in Kriegszeiten mit 309 gegen 189 Stimmen abgelehnt wurde.

Langjährige Gefängnisstrafen in Paris

Das Pariser Militärgericht hat wieder mehrere schwere Strafen wegen angeblicher defätistischer Umtriebe ausgesprochen. Ein Angeklagter wurde zu neun Jahren, ein anderer zu sechs Jahren Gefängnis wegen „defätistischer Äußerungen“ verurteilt.

„Neutral! Neutral!“

Belgien wehrt sich gegen britisch-französische Propaganda

Brüssel, 30. November.

Mehrere belgische Blätter protestieren erneut gegen die Verherrlichung des „Dritt-Reichs“ durch britische oder britische Propagandablätter. Wie der „Standard“ meldet, kam es in Gent bei der Verurteilung britisch-französischer Propagandablätter verschiedentlich zu Protestkundgebungen belgischer Studenten. Die Studenten riefen im Chor: „Neutral, neutral! Es lebe der König!“

In Gent (Provinz Antwerpen), wo ebenfalls ein französischer Propagandabüro in letzter Zeit gezeigt wurde, verließen belgische Soldaten ostentativ und unter Protest den Saal. Der Standard fordert die belgische Bevölkerung auf, sofort radikale Maßnahmen zu treffen, um die ausländische Propaganda in Belgien zu verbieten.

Fahrt in den Tod

Amsterdam, 30. November.

Die United Press aus London meldet, ist der britische Dampfer „Sonita“ (3114 Tonnen) auf eine Mine gelaufen und gesunken. 33 Mitglieber der Besatzung sind in einem Hafen an der englischen Küste an Land gekommen. Zwei Mann sind verlegt. Nach Aussage des Kapitäns hat sich eine furchtbare Explosion ereignet, worauf das Schiff sofort sank.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, dürfte der griechische Frachtschiffverkehr mit England wegen der Weigerung der Mannschaft, in der Gefahrenzone Dienst zu tun, wesentlich eingeschränkt werden.

Die griechische Handelsflotte gehöre mit zu den am meisten betroffenen neutralen Flotten. Sie hat bisher neun Dampfer mit zusammen über 40.000 Tonnen verloren.

Die Toten der „Kawalpindi“

Berlin, 30. November.

Wie die englische Admiralität jetzt bekannt gibt, sind auf der „Kawalpindi“ 265 Mann, darunter 39 Offiziere, ums Leben gekommen.

Erscheint 7 mal und der De 2,20 RM. — 603 01; Dte Schicht 45 2026; Dulsb Langemarck

Nr. 331

Die Gr

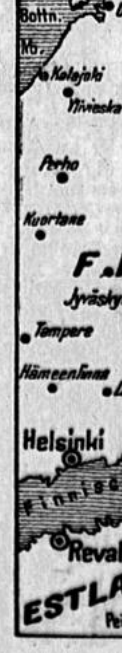
Der Krieg etwas Neu sich mit den m Armeen, gegen ger Spätrupp für den Krieg det haben. Z jüngerer Wer Polenfeldzug zustandes die worden, mit W hatten, mit W

Die politische

Der Satz, Politik mit Lage im Westen gen beider M Die deutsche u geben, wenn d lung, durchgef rliche, sonder w agung zu Die Schaf der politische beiden Rän Grenzen zu

Neues

Nach dem A mit Rußland u des Ausbruchs C ajander, kimmiges Ber getreten. I endet worden. gültig angenom Rabinett gebild dent der finni minister wurde



Finnland lie und Süden von Meerbusen eing an Rußland, weßlicher Nach von 388 217 Qu lionen Kopfen z Finnlands, das genannt wird, lausend Einwo